

## Persönliche Stellungnahme zum Jugendseminar der Bildungsstätte Anne Frank im IIS

Das IIS steht nicht alleine für seine religiösen Angebote oder die innermuslimische Begegnungs- und Bildungsarbeit. Der Verein ist ein vernetzter Dienstleister innerhalb der Sozialen Arbeit; der Wissenschaft (durch Dienstleistungen für Universitäten und StudentInnen); für Medienschaffende; für NROs & MSOs sowie Promoter für den Fairen Handel.

Mit weit über 110 nichtmuslimischen Organisationen (dokumentiert wird erst seit dem Jahr 2011) konnte der Verein in diesen Zusammenhängen interagieren.

In Frankfurt hat das IIS den interreligiösen Dialog mit aufgebaut.

Deutschlandweit ist das IIS als Modelgemeinde gefragt und konnte in über 50 Städten Multiplikatoren-Arbeit leisten.

In Zusammenarbeit mit dem Weltladen Bornheim ist die *Broschüre Fairtrade und Islam* erschienen, die 2015 den *Sonderpreis für vorbildliche und innovative Aktivitäten zur Stärkung des Fairen Handels* im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs *Hauptstadt des Fairen Handels* gewann. Bereits 2013 war das IIS als Deutschlands erste Fairtrade-aktive Moscheegemeinde Teil der Bewerbung Frankfurts zur Fairtrade Hauptstadt.

Der *Arbeitskreis Interkultureller Dialog*, dem das IIS seit der Gründung des Arbeitskreises angehört, wurde mit dem *Nachbarschaftspreis 2016* des Frankfurter Programms *Aktive Nachbarschaft* ausgezeichnet.

Die Mahnwache gegen Angriffskriege und Terror am Römer (2005) hat das IIS mitveranstaltet, eine Rede und ein Friedensgebet beigetragen:



Weitere Ansprachen u a. von: Dr. Albrecht Magen, Dezernent für Integration der Stadt Frankfurt; Kordula Schulz-Asche, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen; Pfarrerin. Hega Tröskén, Pröpstin der Evangelischen Kirche für den Propsteibereich Rhein- Main; Dr. Stefan Scholz, Katholische Kirche & Petra Kunik, Jüdische Vorsitzende der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

Anfang 2014 wurden verschiedene Akteure aus dem Frankfurter Gallus vom Projektteam *XENOS - Gemeinsam stark - Inklusion und Vielfalt rund um das Mehrgenerationenhaus* dazu eingeladen, eine Gedenkveranstaltung zur Jährgung des Auschwitz-Prozesses mitzugestalten. Das IIS fühlte sich hier lediglich aufgrund seines Selbstverständnisses als zivilgesellschaftliche Institution angesprochen und verantwortlich. Der Verein beteiligte sich an der Planung; nahm an vier der Vorbereitungstreffen sowie der Nachbesprechungen teil; beherbergte auch eines dieser Treffen in den Vereinsräumlichkeiten und bot eine Videodokumentation der Veranstaltung an.

Das IIS fordert nicht nur Einsatz gegen Muslimfeindlichkeit ein, welche die Gesamtgesellschaft auch politisch bedroht<sup>i</sup> und leider gesellschaftsfähig ist:

„Islamfeindlichkeit ist heute die in Deutschland am weitesten verbreitete Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Deutlicher noch als die ihr verwandten Strömungen wie Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Homophobie u.a. reicht sie von den extremen Rändern der bis in die breite und Mitte der Gesellschaft hinein.“<sup>ii</sup>

Zu Bedauern ist in diesem Zusammenhang, dass Muslimfeindlichkeit oft nicht beim Namen genannt, sondern im Diskurs als *Rassismus* und *Fremdenfeindlichkeit* beschrieben wird. Letzteres ist in Bezug auf MuslimInnen im Kontext ihrer jahrzehntelangen Beiträge für die Gesellschaft als eine Beleidigung und Marginalisierung zu verstehen.

Das IIS partizipiert also bei der Bewältigung verschiedener Herausforderungen, die das Zusammenleben bedrohen, auch wenn MuslimInnen nicht direkt betroffen sind.

Dieses Selbstverständnis und damit einhergehendes Engagement berücksichtigend, kommt man nicht umhin zu verstehen, dass sich die BesucherInnen und Engagierte des Vereins als MultiplikatorInnen in der Gesellschaft begreifen, welche Verantwortung bei der Bewältigung von Herausforderungen tragen möchten – und dafür nach weiterer Qualifikation streben.

Innerislamisch ist Antisemitismus durch die religiöse Lehre leicht zu entlarven. So stellte u.a. Bernhard Lewis (jüdischer Historiker, Orientalist und Professor u.a. an der Princeton University) fest:

„In der islamischen Gesellschaft ist die Judenfeindlichkeit nicht theologischer Natur.“<sup>iii</sup>

Aber wie dem Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft entgegen – einer Gesellschaft, die den Argumenten aus dem Koran nicht grundsätzlich aufgeschlossen ist?

Eben hierfür brauchen muslimische Jugendliche als BürgerInnen für ihr zivilgesellschaftliches Engagement Schulungen von ExpertInnen.

Eine muslimfeindliche Akteurin versucht jedoch via Facebook zu skandalisieren, dass die Bildungsstätte Anne Frank e.V. Seminare in unserem Verein abhält.

Ein Grundstein des Miteinanders in der Gesellschaft konstatiert unaufgeregt, dass „kein vernünftiger Mensch sich mehr für das, was *SHM* von sich gibt, interessiert - auch nicht in der Politik! Zum Glück! Wenn es nur das ist - macht euch keine Sorgen!“

Der Diffamierenden mehr Aufmerksamkeit schenkend als nötig, reagiert der Leiter der Bildungsstätte Anne Frank, Dr. Meron Mendel jedoch damit, sich von der Muslimbruderschaft zu distanzieren und die Grund- und Menschenrechte zu bekräftigen.

Durch diese allgemeinen Aussagen können die Denunziationen perpetuiert werden – auch wenn dies nicht die Absicht ist. Insbesondere LeserInnen, die mit der Materie nicht betraut sind und das IIS nicht kennen, können einen falschen Eindruck bekommen.

Weiterhin macht Dr. Mendel auf die Angebote der Bildungsstätte gegen Radikalisierung & Antisemitismus aufmerksam; Angebote, die sie auch „in Moscheen machen also da, wo es

auch mal wehtut und unumstritten Bedarf gibt.“

Auch Tom Uhlig, der sich als Mitarbeiter der Bildungsstätte ausgibt, verkündet in seiner Reaktion auf die Skandalisierung:

„Wenn man etwas gegen Antisemitismus unternehmen will, dann muss man leider manchmal wohin gehen, wo man vielleicht gerade lieber nicht wäre, was nicht heißt, dass man mit allem einverstanden ist!“

„...ist doch ganz klar, dass ein Workshop dort längst nicht bedeutet, dass man alles was in der Moschee und drumherum teilt.“

Es sei hiermit klargestellt, dass außerschulische Jugendbildungsarbeit und Multiplikatoren-Schulungen im IIS stattgefunden haben. Mehr war und ist auch nicht nötig.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass einschlägige Organisationen Jugendbildungs- sowie sozialarbeiterische Angebote oftmals der Finanzierung wegen als *Deradikalisierung* und *Gewalt-*, bzw. *Antisemitismusprävention* etc. verbuchen.

Dieser inflationäre Gebrauch wird von Fachleuten zurecht wegen seinem Stigmatisierungspotenzial kritisiert.

Deswegen hat das IIS entsprechende Angebote in der Vergangenheit begründet abgelehnt, auch wenn „politische Anerkennung“ und Finanzierung versprochen wurde.

Gleichartige Bildungsinhalte hingegen werden dort, wo sie für LehrerInnen, PolizistInnen, BeamtInnen, Belegschaften etc. vermittelt werden, eben nicht *Antisemitismusprävention* und *Deradikalisierung* genannt.

Wie könnte man sich so etwas auch vorstellen, ja wie wäre so ein Zustandekommen einer Zusammenarbeit überhaupt möglich?

Sind folgende Verlautbarungen etwa denkbar?

„Deradikalisierung in Synagogen mit jüdischen Jugendlichen wird nun vom Land Hessen mit 500.000€ gefördert.“

„Extremismus- und Antisemitismusprävention mit MitarbeiterInnen des Verfassungsschutzes fanden im Oktober statt.“

„Die Belegschaft hat Schulungen erhalten, um dem Antisemitismus entgegenzuwirken.“

„Die SchülerInnen durchliefen ein Präventionsprogramm zum Thema sexueller Gewalt.“

„Die Parteizentrale verkündet, dass alle Parteimitglieder ein Antirassismus-Programm durchlaufen haben.“

Solche Aussagen sind allein wegen ihrer Suggestion, resp. ihres Stigmatisierungspotenzials abzulehnen.

Konsequenterweise kämen VertreterInnen des IIS auch nicht auf die Idee, die Interaktionen mit über 110 nichtmuslimischen Organisationen als *antimuslimfeindliche Deradikalisierung* oder dergleichen zu beschreiben!

Selbst für denkbare und nötige Fälle von Deradikalisierung im Allgemeinen gilt laut ExpertInnen für den Bereich:

- Wirbt man mit Deradikalisierung offensiv, bleiben vieler derjenigen, die es nötig haben, aus Trotz fern.  
Doch auch mit den verbleibenden KlientInnen ist die Beziehung und Kommunikation gestört, weil die öffentliche Selbstdarstellung des Anbieters Glaubwürdigkeit und Vertrauen untergräbt. Dasselbe gilt in Bezug auf die Organisation(en), welche den Rahmen für die Begegnung mit den Heranwachsenden bietet.  
Jugendliche und ihre Gemeinden wollen nicht als defizitär wahrgenommen, gebrandmarkt und „verkauft“ werden.
- Ebenfalls gilt es das Aufkeimen eines Generalverdachts zu vermeiden, indem eine Stigmatisierung der Zielgruppe verursacht, bzw. noch verstärkt wird.

Auf diese Gefahr machen u.a. die ExpertInnen Bernd Holthusen<sup>iv</sup>, Dr. Sabrina Hoops<sup>v</sup>, Dr. Christian Lüders<sup>vi</sup> und Dr. Diana Ziegler<sup>vii</sup> aufmerksam.

In diesem Fall sind muslimische Jugendliche wie auch Moscheegemeinden von Stigmatisierungen und Vorurteilen bereits betroffen, weswegen eine besondere Sensibilität geboten ist.

Die Bildungsstätte Anne Frank lehnt die Kontaktschuldhypothese gegen sich ab, wie auch das IIS die schwammig formulierte und dreischrittige (!) Kontaktschuldhypothese des Verfassungsschutzes ablehnt.<sup>viii</sup>

Es sollte mittlerweile bekannt sein, dass das IIS im Jahre 2011 einen Gerichtsprozess gewonnen hat, der das Gewicht der Perspektiven des Verfassungsschutzes relativierte.<sup>ix</sup>

Gerade die Bildungsstätte Anne Frank hat aufgrund ihrer Geschichte und ihres Kernauftrags wegen den Themenkomplex *Diskriminierung & staatliche Institutionen* zu nicht scheuen. Deswegen ist es zu begrüßen, dass die Bildungsstätte Anne Frank u.a. der Veranstaltung „NACHSITZEN! - NICHTS GELERNT AUS DEM NSU? Rassismus in Behörden, Medien und Zivilgesellschaft.“ als Gastgeber Raum gegeben hat.  
Bedauerlicherweise hat die Bildungsstätte Anne Frank noch nicht die Verfassungsschutzbehörden dahingehend kritisiert, dass diese zur Stigmatisierung muslimischer Organisationen beitragen.

In diesem Zusammenhang haben bereits u.a. folgende Personen den Umgang der Verfassungsschutzbehörden mit muslimischen Gemeinden beanstandet:

- Professor Dr. Werner Schiffauer;
- Dr. Sabine Schiffer;
- Dr. Jörn Thielmann;
- Professor Dr. Dietrich Murswiek (der in einem Gutachten feststellte, dass mit Ausnahme der Verfassungsschutzberichte Berlins und Brandenburgs alle in den Jahren 2006-2009 publizierten Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern verfassungswidrig waren!);
- Dr. Jürgen Micksch;
- Professor Dr. Claus Leggewie;
- Dr. Horst Meier und

- Professor Stefan Jakob Wimmer.

Wenn es nach Professor Dr. Claus Leggewie und Dr. Horst Meier gegangen wäre, hätte die Gesamtgesellschaft letztes Jahr die Auflösung der Verfassungsschutzbehörden gefeiert!

Es ist zu hoffen, dass die Bildungsstätte Anne Frank diese Thematik in naher Zukunft aufgreift.

Zumindest muss die Bildungsstätte Anne Frank in ihrer Öffentlichkeitsarbeit dafür Sorge tragen, dass die Wirkungsstätten ihrer Arbeit (hier Moscheen) nicht weiter stigmatisiert werden, als sie es bereits sind und laufend werden.

In diesem Sinne sind die Reaktionen der Bildungsstätte, wenn auch unbeabsichtigt, doch äußerst unglücklich aufgrund der einhergehenden Perpetuierung.

Abschließend möchte ich mich trotz allem für die wertvolle inhaltliche Arbeit bedanken, denn diese ist von kompetenten und sympathischen MitarbeiterInnen mit Herz geleistet worden. Für Zusammenarbeiten auf Augenhöhe bei gegenseitiger Wertschätzung verbleibe ich stets kooperationsoffen und

mit besten Grüßen

*Mohammed Naved Johari*

Diplom- Sozialpädagoge  
M.A. Islamic Studies (UK)  
M.A. Interreligiöser Dialog (AUS)  
M.A. Management (BRD)

Mobil: 0049 (1) 179 67 151 47

Email: [monajo1@hotmail.com](mailto:monajo1@hotmail.com)

---

<sup>i</sup> Wie u.a. von Prof. Dr. Werner Ruf; Prof. Dr. Gert Pickel und Dr. Miksch erklärt haben.

<sup>ii</sup> Stefan Jakob Wimmer: *Umgang mit Störfaktoren im Dialog*, in: Rötting, Martin / Sinn, Simone / Inan, Aykan (2016): Praxisbuch Interreligiöser Dialog. Begegnungen initiieren und begleiten. (Eos Verlag U. Druck).

<sup>iii</sup> In: Mark R. Cohen, *Unter Kreuz und Halbmond. Die Juden im Mittelalter*. München: Beck, 2005, S. 22.

<sup>iv</sup> Bernd Holthusen, Diplom-Politologe, ist seit 1997 als wissenschaftlicher Referent in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstituts tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind insbesondere Kooperation, Mehrfach- und Intensivtäter und Evaluation.

<sup>v</sup> Dr. Sabrina Hoops, Diplom-Pädagogin, ist seit 1998 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts tätig. Nach verschiedenen empirischen Forschungsprojekten im Themenkontext Abweichendes Verhalten und Evaluation erzieherischer Hilfen ist sie seit 2008 Mitglied der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention.

<sup>vi</sup> Dr. Christian Lüders, M.A., leitet die Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die Adressaten, Institutionen und Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe, Evaluation, Theorien pädagogischen Wissens sowie Wissenschaftsforschung.

<sup>vii</sup> Dr. Diana Ziegler, Diplom-Soziologin und Rechtssoziologin M.A. ist seit 2011 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Kooperation, Polizeiforschung und Kriminologie.

<sup>viii</sup> Die Denunziantin unterschlägt diese dreischrittige Assoziationskette des Verfassungsschutzes und zitiert diesen tatsachenwidrig.

<sup>ix</sup> Auf Hinwirken des Verfassungsschutzes wurde uns 2004 die Gemeinnützigkeit aberkannt. Die gerichtliche Klarstellung zu Gunsten des IIS erfolgte wie gesagt im Jahre 2011.